

Wie Riedstadt ad hoc 15 ErzieherInnen gefunden hat

Pfiffige Anzeigen

In Hessen fehlen Tausende ErzieherInnen. Manche Arbeitgeber locken mit Vergünstigungen, gehen systematisch bei der Personalgewinnung vor und bepflastern riesengroße Werbeflächen mit Stellengesuchen. Das hätte Riedstadt nicht geholfen. Die Stadt brauchte im vergangenen Sommer ad hoc 15 ErzieherInnen.



Mit dieser Anzeige suchte Riedstadt ErzieherInnen ...

So viele sind fast gleichzeitig schwanger geworden. Und weil die werdende Mutter und das Ungeborene in Kindereinrichtungen einem besonderen Risiko ausgesetzt sind, gehen Schwangerschaften in Kitas oft mit einem Beschäftigungsverbot einher. Dazu kamen die üblichen Krankheitsfälle. „Das war auf einen Schlag ein riesiges Problem“, sagt die Personalratsvorsitzende Tanja Demuth. Die Stellenanzeige im Ortsblättchen war nicht erfolgreich. Keine Bewerbung ging ein. Die Eltern reagierten verärgert und fürchteten reduzierte Öffnungszeiten und vorübergehende Schließungen. Sie machten Druck auf die Verwaltung.

Bei Facebook gepostet

Von dort kam schließlich die Idee, eine Werbeagentur zu beauftragen. Die kreierte pfiffige Anzeigen und postete diese bei Facebook. „So eine Story kann man sich gar nicht ausdenken“, erzählte die Designerin und machte die Schwangerschaften zum Aufhänger der Anzeige: „Fortbildung ist für uns selbstverständlich“ heißt es und darunter groß: „Doch nun gehen 15 ErzieherInnen in einen Baby-Intensiv-Workshop und wir suchen unbefristet neue Kolleginnen und Kollegen.“ 300 Mal wurde die Anzeige auf Facebook geteilt, sie hat fast 100.000 Menschen erreicht. Ein Hingucker. Und sehr erfolgreich. Fast alle BewerberInnen hatten die Anzeige auf Facebook entdeckt.

Riedstadt konnte alle Stellen direkt mit Beginn des Kindergartenjahres oder wenig später besetzen. Lauter unbefristete Stellen. Die Kommune sorgte dafür, dass über den Nachtragshaushalt der Stellenüberhang finanziert werden konnte.

In S 8b eingruppiert

„Eine befristete Stelle wäre unattraktiv gewesen“, sagt Tanja Demuth. Das war aber nicht das einzige Verlockende. Riedstadt gruppiert ErzieherInnen seit Jahren in S 8b ein, reduziert die Betreuungskosten fürs eigene Kind, falls die Mutter mindestens zwölf Stunden arbeitet. Darüber hinaus unterstützt die Stadt ihre Fachkräfte bei der Wohnungssuche und zahlt einen Zuschuss zum Umzug. Und wer sich auskennt, weiß: Riedstadt hat einen besseren Personalschlüssel, als das Kinderförderungsgesetz verlangt und die Kirchen bieten, sagt Tanja Demuth. Dabei ist Riedstadt keine reiche Stadt und leistet sich im Gegensatz zu anderen Kommunen zehn Kitas. Die Hälfte des städtischen Personals sind ErzieherInnen. Klar ist aber auch, dass die Neueingestellten, die auch ein Jahr später noch in Riedstadt arbeiten, woanders abgeworben wurden. „Die Werbekampagne war klasse, aber eben nur ein punktueller Erfolg“, sagt die Personalratsvorsitzende. Die Stadt brauche eine langfristi-

ge Personalplanung und ein eigenes Qualifikationsprogramm für Kita-Leitungen.

Der Fachkräftemangel ist in vielen Kommunen ein Problem. Doch selten wird das Problem so offensiv angegangen wie in Riedstadt. Am häufigsten fangen die ErzieherInnen den Engpass auf. Leitungen springen ein, KollegInnen arbeiten länger und erledigen Dokumentationen, Vor- und Nachbereitung in ihrer Freizeit.

Zu hohe Mieten in Frankfurt

Auch Frankfurt sucht ErzieherInnen, wirbt auf Plakaten um BewerberInnen, lockt mit Jobticket, kostenfreiem Betreuungsplatz fürs Kind und Fortbildungen. Seit vielen Jahren gruppiert die Stadt alle ErzieherInnen in die S 8b ein, doch längst sind andere Kommunen nachgezogen und der einstige Vorsprung ist dahin. Stattdessen geraten der Stadt die hohen Mieten zum Nachteil. „Der Gesamtpersonalrat fordert seit langem eine Ballungsraumzulage“, erklärt Ralf Fröhlich vom Personalrat des Eigenbetriebs Kita Frankfurt, nötig sei auch ein Springerpool, um bei Personalausfall schnell Entlastung zu schaffen. Wie viele Fachkräfte fehlen und was die Stadt dagegen unternimmt, dazu wollte die Leitung von Kita Frankfurt keine Stellungnahme abgeben.



... und hatte Erfolg.



Newsletter

für Erzieherinnen und Erzieher



Juni 2017

Inhalt

Kifög in der Praxis: mehr Bürokratie, weniger Zeit fürs Kind Seite 2

Parteien beantworten die Fragen von ver.di zum Kifög Seite 3

Endlich Frauenberufe aufwerten Seite 4

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
ver.di-Landesbezirk Hessen
Fachbereich Gemeinden
Kristin Ideler
Postfach 200 255
60606 Frankfurt am Main
Tel.: 069 2569-1242
Fax: 069 2569-2662
E-Mail: Kristin.Ideler@verdi.de
Redaktion:
Michaela Böhm, Frankfurt a. M.
Layout:
winterstein · grafik · design, Oberwesel
Druck:
Druckerei Imprenta, Obertshausen

Ergebnisse der „Flying-Tables“

Mittelbare pädagogische Arbeit

- Sinnvoll sind verbindliche Vorgaben im Gesetz, nicht dem Träger überlassen
- Notwendig wären Verfügungszeiten wie bei GrundschullehrerInnen
- Arbeitsplätze in der Kita mit entsprechender Technik nötig

Schulkinder

- Mehr Geld, qualifiziertes Personal, besserer und gesetzlich verankerter Personalschlüssel
- Hortähnliche Angebote an Schulen fördern oder Hort an Schulen umsiedeln, Ganztagskonzepte nötig
- Weniger Bürokratie, bessere Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Kultusministerium

Inklusion

- Mehr pädagogisches Fachpersonal als Inklusions-HelferInnen, auch in der Schule
- Bessere Bezahlung, unbefristete Arbeitsverträge
- Stundenzuweisung gemäß Betreuungszeit, nicht pauschal, mehr Fachkraftstunden notwendig
- Hortplätze für Inklusionskinder fördern
- Kleinere Gruppen und individuellen Betreuungsbedarf der Inklusionskinder berücksichtigen

Verwaltungsaufwand/

Personalstruktur

- Nicht-Fachkräfte dürfen keine Fachkräfte ersetzen
- Bessere Bezahlung, besserer Fachkraft-Kind-Schlüssel, Jobticket und andere Anreize zur Fachkraftgewinnung notwendig
- Modernisierung der IT für bessere Verwaltungsabläufe und Personalplanung
- Ausbau der Gesundheitsförderung für längere Beschäftigungsfähigkeit
- Administrative und pädagogische Aufgaben trennen, Bürokratie einstellen
- Verpflichtung zu Fort- und Weiterbildung, Honorierung von Zusatzqualifikationen
- BerufspraktikantInnen und Studierende der Praxisintegrierten Ausbildung nicht auf den Fachkraftschlüssel anrechnen

Fachtagung von ver.di: Kifög in der Praxis diskutiert

Mehr Bürokratie, weniger Zeit fürs Kind

Seit dreieinhalb Jahren ist das hessische Kinderförderungsgesetz in Kraft. Wie kommt es in der Praxis an? Bewährt es sich? Soll nachgebessert werden? Diese Fragen sollte der sogenannte Evaluationsbericht des ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) beantworten. Die Bewertung der Kifög-Praxis hatte die schwarz-grüne Landesregierung in Auftrag gegeben.



Statt im Plenum zu diskutieren: Die Teilnehmenden gruppierten sich um die sogenannten Flying Tables und debattierten ein Thema, nach 15 Minuten wanderte die Gruppe zur nächsten Stellwand.

Fast 500 Seiten dick, mehr als ein Kilogramm schwer – der Bericht macht Eindruck. Wer sich allerdings eindeutige Handlungsempfehlungen davon verspricht, wird enttäuscht. Das wurde auf der Veranstaltung von ver.di am 21. März in Frankfurt deutlich. ver.di hatte zu der Fachtagung die ErzieherInnen eingeladen, „die nicht gehört wurden, das Gesetz aber dennoch kommentieren.“ Tatsächlich hatte das Institut Kommunen, Träger, Jugendämter und ExpertInnen gefragt, aber außer den Kita-Leitungen kamen ErzieherInnen nicht zu Wort.

Die Ergebnisse des Berichts: Erstmals hat mehr als die Hälfte der befragten Träger Ausfallzeiten von 15 Prozent berücksichtigt. Allerdings ist der reale Bedarf an Ausfallzeiten, mit denen Krankheit, Urlaub und Fortbildung abdeckt werden können, mit 24 Prozent deutlich größer. Probleme gibt es auch bei der Personalausstattung: 16 Prozent der hessischen Kitas liegen unter dem gesetzlichen Mindeststandard, in über der Hälfte davon gibt es freie Stellen. Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit und für Leitungsaufgaben sind im Gesetz nicht vorgesehen, das wird den Trägern überlassen. Knapp

jeder siebte Träger stellt dafür allerdings keine Zeit zur Verfügung, zeigte sich in der Untersuchung.

Befürchtungen, wonach durch das Gesetz die Gruppen vergrößert würden, wurden nicht bestä-

tigt. Die Gruppengrößen blieben nahezu unverändert. Allerdings wurde bei 14 Prozent der Inklusionsgruppen die Gruppengröße nicht gemäß den Inklusionsanforderungen reduziert. Auch die Öffnungszeiten sind gleichgeblieben. Allerdings wurde der hohe Verwaltungsaufwand bemängelt.

Nach Vorstellung des Berichtes waren die TeilnehmerInnen der Tagung am Zuge. Sie diskutierten in Kleingruppen und kamen zu dem Schluss: zu viel Bürokratie, zu wenig Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit und für Leitungsaufgaben, zu schlechte Betreuung von Schulkindern außerhalb von Horten, zu geringe Förderpauschalen für Inklusion.

Kritik äußerten die TeilnehmerInnen auch am Zeitpunkt der Evaluation. Die Befragung sei vorgenommen worden, bevor viele Träger auf das Kifög umgestellt hätten. Das Ergebnis sei demnach wenig aussagekräftig. „Wir spüren jetzt erst die Auswirkungen des Gesetzes“, sagte eine Teilnehmerin.



Das Kifög aus Sicht von ErzieherInnen.

Mehr Infos

Der Evaluationsbericht kann heruntergeladen werden:

https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/evaluationsbericht_des_hessischen_kinderfoerderungsgesetzes.pdf

Eine Bewertung von ver.di Hessen zum Kifög gibt es hier:

<https://gemeinden-hessen.verdi.de/soziale-berufe-aufwerten/++co++8b2ae0b4-29b1-11e7-90ff-52540066e5a9>

Die Original-Statements der Fachkräfte und ExpertInnen, die auf der Veranstaltung am 21. März zu unterschiedlichen Bereichen gesprochen haben, sind hier nachzuhören:

<https://soundcloud.com/kristin-rosa-316546650/diskusson-verdi-tagung-zur-kifog-evaluation-21032017>

Was soll verändert werden?

ver.di hat bei den fünf Parteien im hessischen Landtag nachgefragt: Ist das Kifög gut, wie es ist? Oder soll etwas verändert werden? Das hessische Kinderförderungsgesetz war im Mai

2013 von der damaligen Koalition aus CDU und FDP verabschiedet worden. SPD, Grüne und Linke hatten dagegen gestimmt. Heute regieren CDU und Grüne in Wiesbaden.

					
Ist der Verwaltungsaufwand angemessen?	Normal bei Systemumstellung. Aufwand wird sich reduzieren	Nein. Ausufernde Bürokratie ist ein Hauptkritikpunkt	Bei neuem Gesetz am Anfang immer hoch	Nein. Zahl der Pauschalen soll reduziert, Zuschüsse sollen erhöht werden	Bedingt durch die Umstellung
Soll die kindbezogene Berechnung beibehalten werden?	Ja	Nein, ersetzen durch gruppenbezogene Berechnung	Ja, bei U3-Gruppen sogar bessere Ausstattung	Nein, durch gruppenbezogene Berechnung ersetzen	Unbedingt beibehalten
Sollen Gruppengrößen verändert werden?	Nein	Wichtig ist Berücksichtigung der Fachkraft-Kind-Relation	Kleinere Gruppen und mehr Personal sind anzustreben	Ja, nicht mehr als 20 Kinder im Ü3-Alter	Ja, Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung umsetzen (z.B. Ü3 1:7,5)
Sind die Ausfallzeiten ausreichend?	Ja. Änderung nicht erforderlich	Nein, erhöhen	Erstmals sind Ausfallzeiten berücksichtigt, Erhöhung hängt mit Personalplanung zusammen	Nein, auf 25 % der Arbeitszeit anheben	Nein, Ausfallzeiten müssten um 5–6 % angehoben werden
Sollte mittelbare pädagogische Arbeit ins Gesetz aufgenommen werden?	Nein, nicht notwendig	Ja, Umfang wie von Wissenschaft/ Gewerkschaft diskutiert	Nein	Ja, mit 20-25 %	Ja, indirekt durch besseren Betreuungsschlüssel
Ist die Personal-ausstattung akzeptabel?	Träger können selbst über Mindestbedarf hinausgehen	Muss im Zuge der Revision des HJKG diskutiert werden	Ja, weil mehr Personal mehr Qualität bedeutet	Nein, Fachkraftschlüssel von mindestens 1:3 bei U3, 1:8 bei U3	Nein, schrittweise verbessern
Sollten Kita-Leitungen freigestellt werden?	Entscheidung liegt beim Träger	Ja	Entscheidung liegt beim Träger	Ja, Vorschlag: halbe Vollzeitstelle pro Einrichtung plus 0,25 Stelle pro Gruppe	Mindestfreistellung im Gesetz verankern, mehr Förderung durch das Land
Sollte es Änderungen für Schulkinder geben?	Nein	Ja, pädagogisch wertvolle Ganztagsangebote diskutieren	Nein, stattdessen Pakt für den Nachmittag ausbauen und echte Ganztagschulen fördern	Ja, Pauschale des Landes für Hortgruppen, bis Ganztagschule im Grundschulbereich ausgebaut	Nein, Nachmittagsbetreuung an Schulen ausbauen
Sollte es Änderungen bei der Inklusion geben?	Nein, aber die Vertragspartner müssen Vereinbarung einhalten	Ja, Standards wie Gruppengrößen gehören ins Gesetz	Inklusive Gruppen sind größer geworden, Fachkraftrelation muss betrachtet werden	Alle Einrichtungen sollte inklusiv arbeiten können und entsprechend ausgestattet sein	Ja, Inklusion sollte künftig im Gesetz geregelt werden, nach Verhandlungen mit den Landkreisen

Die original Antworten der Parteien sind hier zu lesen: <https://gemeinden-hessen.verdi.de/soziale-berufe-aufwerten>

Keine Zeit für die Leitung

Kita-Leitungen haben zu wenig Zeit für ihre Führungsaufgaben. Nur 15 Prozent der mehr als 50.000 Kitas in Deutschland erfüllen die Empfehlungen der Bertelsmann Stiftung. Danach sollte die Leitung jeder Kita – unabhängig von ihrer Größe – 20 Stunden pro Woche für Leitungsarbeit und zusätzlich pro Ganztagskind 0,35 Stunden zur Verfügung haben. In Hessen verfügen rund 43 Prozent der Kitas über weniger als 20 Wochenstunden für Leitung und Verwaltung. Damit liegt Hessen etwa im Mittelfeld. Die Studie kann kostenlos heruntergeladen werden:

www.bertelsmann-stiftung.de
(→ Publikationen → Kostenlose Studien → Qualitätsausbau_in_KiTaS_2017)

Studie zu Personalwirtschaft in Kitas

Eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung mit dem Titel „Nachhaltige Personalwirtschaft zu Kindertageseinrichtungen – Herausforderungen und Strategien“ ist erschienen. Sie gibt einen Überblick über Arbeitsanforderungen, Belastungen und notwendige betriebliche Strategien.

Zum Herunterladen

https://www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_336.pdf

ver.di kritisiert hessischen Rechnungshof

ver.di Hessen forderte den hessischen Rechnungshof auf, seine Bewertungssystematik bei Kitas zu überdenken. Der Rechnungshof hatte eine angebliche Verschwendung kommunaler Mittel gerügt, weil das eingesetzte Personal über dem Kifög-Mindeststandard liegt. Dabei handele es sich jedoch um eine sach- und fachgerechte Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags, konterte ver.di. Würde permanent nur auf Kifög-Standard agiert, handelten Träger an der Grenze zur Kindeswohlgefährdung und Verletzung der Aufsichtspflicht.

Politikwissenschaftlerin untersucht Aufwertungskampagne

Endlich Frauenberufe aufwerten



Mit welchen Argumenten ist ver.di an die Öffentlichkeit gegangen? Hat sich das Bild von den Aufgaben der ErzieherInnen geändert? Die Politikwissenschaftlerin Franziska Meyer-Lantzberg hat die Aufwertungskampagne untersucht und die Ergebnisse bei einer Veranstaltung von ver.di am 22. Februar vorgestellt.

Wie bist du auf die Idee gekommen, dir die Aufwertungskampagne anzuschauen?

Meyer-Lantzberg: Ich beschäftigte mich schon länger mit Sorge-Arbeit, Care-Work. Also Kinderbetreuung, Pflege und Hausarbeit; bezahlte oder oft unbezahlte Arbeit, die meist von Frauen getan wird. Ich bin auch ver.di-Mitglied und war Personalrätin; ich fand es spannend, dass ver.di 2015 den Sozial- und Erziehungsdienst in den Mittelpunkt rückte.

Du hast dir die bundesweiten Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit angeschaut und Interviews mit drei hauptamtlichen ver.di-Vertreterinnen und fünf ehrenamtlichen Kolleginnen geführt. Was hast du festgestellt?

Meyer-Lantzberg: Mir ist aufgefallen, dass es Unterschiede gab. In dem Material hat ver.di die Notwendigkeit der Aufwertung vor allem damit begründet, dass sich das Berufsbild der ErzieherInnen

gewandelt habe. Zur Betreuung käme nun auch der Bildungsauftrag. Zudem sei eine gute frühkindliche Bildung wichtig für den Standort Deutschland, jeder Euro sei gut investiert.

Und das sahen die Kolleginnen anders?

Meyer-Lantzberg: Sie haben nicht ökonomisch argumentiert. Ihnen war wichtig, dass Frauenberufe endlich aufgewertet werden. Ein feministisches Anliegen, das in den Materialien allerdings keine Rolle spielte. Vielleicht aus einer Scheu heraus, damit in der Öffentlichkeit auf Gegenwehr zu stoßen. Der Satz einer Erzieherin ist mir besonders im Ohr. Sie sagte: „Bildungsarbeit ist Bindungsarbeit.“ Bildungsaufgaben und Betreuungstätigkeit können und sollen nicht getrennt voneinander gedacht werden. Und da Betreuungstätigkeiten noch immer stark weiblich konnotiert sind, ist die Aufwertung solcher Tätigkeiten auch ein feministisches Ziel.

Hat die Aufwertungskampagne gar nicht gefruchtet?

Meyer-Lantzberg: Doch, ich bin überzeugt, dass in der Öffentlichkeit viel stärker als früher wahrgenommen wird, dass ErzieherInnen viel für die frühkindliche Bildung leisten. Das Bild einer mit Kindern spielenden Kindergärtnerin gehört der Vergangenheit an.

Wie könnte es mit der Aufwertung weitergehen?

Meyer-Lantzberg: Ich würde es gut finden, wenn sich die ErzieherInnen mit anderen Beschäftigten aus der Sorge-Arbeit austauschten, also mit AltenpflegerInnen und Beschäftigten in der Krankenpflege. Um in der Öffentlichkeit gemeinsam aufzutreten und deutlich zu machen, dass die Gesellschaft mehr investieren muss in diese Arbeit. Abseits von Tarifverhandlungen könnte man auch darüber nachdenken, wie eine bessere Personalbemessung aussehen könnte. Die ist in Kitas ja gesetzlich geregelt, aber in allen Bundesländern ungenügend. Wie könnten Aktionen aussehen, um das Thema publik zu machen? Mit welchen AkteurInnen könnten sich ErzieherInnen zusammenschließen, um Druck aufzubauen? Damit ihre Arbeit endlich die Aufwertung erfährt, die sie verdient.



ver.di-Broschüre für angehende ErzieherInnen überarbeitet

Mit Tipps für Ausbildung und Beruf

Die ver.di-Broschüre für angehende ErzieherInnen ist neu: In zartem Grün, mit frischem Layout, aktualisierten Texten und Karikaturen von Alff.

Der 42-seitige Leitfaden richtet sich an alle, die überlegen, ErzieherIn zu werden, oder bereits mit der Ausbildung angefangen haben. Es gibt Tipps für junge Frauen und Männer, die schon mitten in der Ausbildung zur/m SozialassistentIn stecken und sich über die weiteren Etappen informieren wollen. Genauso wie für Quereinsteiger-

Innen auf ihrem Weg in die zweite Ausbildung. Neu sind die Infos zu berufsbegleitenden Ausbildungen, die inzwischen an mehreren Fachschulen in Hessen angeboten werden.

Außerdem enthält die Broschüre Wissenswertes zur Prüfung, zu Zeugnissen, zum Berufspraktikum und Aufstiegs-Bafög. Nicht zu vergessen das Gehalt: Was verdientene ich? Was bleibt vom ersten

Gehalt übrig? Dazwischen gibt es immer wieder Tipps: Tipps für die erste Stelle, Tipps von ver.di, von FachschullehrerInnen und erfahrenen BerufskollegInnen, die auf die Frage antworten: „Wenn ich heute noch mal anfangen würde, dann ...“ Und weil es eine Broschüre von ver.di ist, sind darin auch viele Argumente zu lesen, warum es sich lohnt, Gewerkschaftsmitglied zu werden.

Die Broschüre „ErzieherIn werden“ gibt es in den ver.di-Bezirken und bei Kristin Ideler, Mail: Kristin.Ideler@verdi.de.